

Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

*Der Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz setzt sich ein für die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung der in Rheinland-Pfalz lebenden Migrant*innen und Menschen mit Migrationsgeschichte sowie für das solidarische Zusammenleben von Angehörigen der einheimischen Mehrheitsgesellschaft und eingewanderten Minderheiten.*

*Der Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz ist ein landesweites Netzwerk der Migrationsarbeit. Er setzt sich aus Mitarbeiter*innen von Wohlfahrtsverbänden, kommunalen Integrationsbeauftragten sowie Mitgliedern der direkt gewählten Beiräte für Migration und Integration sowie aus Personen zusammen, die im Handlungsfeld „Antirassismus, Asyl, Integration und Migration“ haupt- oder ehrenamtlich auf Landesebene oder auf kommunaler Ebene in Vereinen, Projekten oder Initiativen engagiert sind. Durch eine Vielzahl von Vernetzungs- und Informationsangeboten organisiert der Initiativausschuss den Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen potentiell allen Akteur*innen der Migrationsarbeit in Rheinland-Pfalz.*

*Über seine Vernetzungsarbeit hinaus erarbeitet und vertritt der Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz Positionspapiere und Stellungnahmen zu relevanten migrationspolitischen Themen, bietet er Fort- und Weiterbildungen zu den rechtlichen Rahmenbedingungen und zu sonstigen Fragestellungen der interkulturellen Arbeit an, berät er Multiplikator*innen und Betroffene in aufenthalts-, asyl- und einbürgerungsrechtlichen Fragen, leistet er Öffentlichkeits- und Informationsarbeit u.a. durch Pressemitteilungen, öffentliche Informationsveranstaltungen und -broschüren und arbeitet er auf kommunaler sowie landes- und bundesweiter Ebene in Gremien mit.*

Gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren auf die Arbeit des Initiativausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz im Jahre 2018

Schlaglichter in den Handlungsfeldern „Menschenrechtskonforme Ausgestaltung der Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik“ und „Aktivitäten zur Versachlichung gesellschaftlicher Debatten über Flucht und Migration und Arbeit zur Überwindung von Rassismus und Diskriminierung“:

- Auf Bundesebene: Neuauflage der Großen Koalition um den Preis erneut tiefer Einschnitte in das materielle Asylrecht und das Flüchtlingssozialrecht (u.a. dauerhafter Verbleib von Asylsuchenden in zentralen Einrichtungen, Einführung einer „Zuwanderungsobergrenze“, Ausweitung angeblich „sicherer Herkunftsländer“, Abschaffung des Rechts auf Familiennachzug zu subsidiär geschützten Personen).
- Auf Bundesebene: Massive und auf gesellschaftliche Debatten polarisierend wirkende Auseinandersetzungen zwischen CDU und CSU um die Asylpolitik der Bundesregierung (u.a. Masterplan Migration von Bundesinnenminister Seehofer, der die Zurückweisung von Asylsuchenden bereits an der Grenze ohne vorherige Prüfung eines Anspruchs auf ein Schutzersuchen vorsah) sowie zwischen SPD, CDU und CSU um die Äußerungen, Positionen und Zukunft des seinerzeitigen Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen.
- Auf Bundesebene: Landtagswahlen in Hessen und Bayern und die politische Debatte um Konsequenzen, die die demokratischen Parteien aus den Wahlerfolgen der AfD zu ziehen haben.
- Bundesweit und auf Landesebene: Die weiterhin zurückgehenden Zugangszahlen von Schutzsuchenden verstetigten die Verlagerung der konkreten (Beratungs-)Arbeit von der Frage der Auf-

nahme von Schutzsuchenden auf Fragen zur Integration von Schutzsuchenden und des Umgangs mit Ausreisepflichtigen.

- Bundesweit und auf Landesebene: Bei verbleibenden großen Herausforderungen (z.B. überdurchschnittlich häufiges Scheitern von jungen Geflüchteten an den Anforderungen der Berufsschule und damit verbundene Ausbildungsabbrüche) sind konkrete Fortschritte bei der Integration von Menschen mit einer Fluchtgeschichte in Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt zu konstatieren.

In der Folge verschiebt insbesondere die AfD den Fokus ihrer Agitation gegen Migrant*innen und Flüchtlinge von Fragen ihrer wirtschaftlichen Integration auf Fragen der Kriminalität (Anlässe u.a. der Mord an Susanna F. in Wiesbaden, den ein abgelehnter irakischer Asylsuchender begangen hat, sowie ein Asylsuchenden zur Last gelegtes Tötungsdelikt in Chemnitz und die darauffolgenden Angriffe gegen Flüchtlinge und Migrant*innen in der Stadt)

- Darüber hinaus auf Landesebene: Von den Oppositionsparteien im Landtag forcierte Fokussierung der Auseinandersetzung um die „Flüchtlingspolitik“ auf die Frage der Durchsetzung der Ausreisepflicht abgelehnter Asylsuchender.

Maßnahmen und Aktivitäten im Jahr 2018

Vor dem Hintergrund der vorangestellten Entwicklungen hat sich der Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz im Jahr 2018 schwerpunktmäßig darum bemüht, Debatten um „Asyl, Migration und Integration“ zu versachlichen und haupt- und ehrenamtlich in diesem Themenfeld aktive Personen zu stärken und (weiter) zu qualifizieren. Hierzu hat er:

- *Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für Multiplikator*innen angeboten, die auf die Verbesserung der Situation von Flüchtlingen, Migrant*innen und Minderheiten abzielten. Dabei lag der Scherpunkt – abgestimmt auf die unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen des Aufenthaltes - auf der gesellschaftlichen Integration von Geflüchteten nach dem Abschluss ihres Asylverfahrens. Zielgruppe der Angebote waren i.d.R. haupt- und ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit Engagierte sowie Mitarbeitende in Verwaltung, Regeldiensten und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen;*
- *Presse-, Öffentlichkeits-, Informationsarbeit geleistet, die darauf abzielte, aktuelle gesellschaftliche Debatten um „Asyl und Migration“ zu versachlichen. Mit Blick auf die oben geschilderten Entwicklungen lagen im Jahr 2018 Schwerpunkte auf den Fragestellungen „Durchsetzung der Ausreisepflicht abgelehnter Asylsuchender“, „Herausforderungen bei der Integration von Bleibeberechtigten und Geduldeten in den Arbeitsmarkt“ sowie „Auseinandersetzung mit Rassismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus“.*
- *über Gremien- und Lobbyarbeit bei Entscheidungsträger*innen insbesondere auf Landesebene und in den Kommunen für die Verbesserung der rechtlichen und sonstigen Rahmenbedingungen der Aufnahme und Integration von Migrant*innen und Flüchtlingen geworben und versucht, eine Versachlichung gesellschaftlicher Debatten hierzu zu erreichen.*

1. Eigene Veranstaltungen

*Die Planung und Durchführung eigener (Fortbildungs-)Veranstaltungen und die inhaltliche und/oder organisatorische Beteiligung an (Fortbildungs-)Veranstaltungen externer Partner war auch im Berichtsjahr ein zentrales Handlungsfeld des Initiativausschusses. Die im Folgenden in diesem Kapitel beschriebenen Einzelmaßnahmen zielten darauf ab, haupt- und ehrenamtlich in der Migrations- und Asylarbeit aktive Personen und Menschen, die sich im Rahmen ihrer übergreifenden Tätigkeit mit Belangen von Migrant*innen und Flüchtlingen befassen (müssen), zu stärken, weiter zu qualifizieren und zu unterstützen. Dabei lag der Schwerpunkt der Maßnahmen im Berichtsjahr auf Maßnahmen*

1.1. Qualifizierungen zum Asylverfahrens-, Asyl-, Aufenthalts- und Sozialleistungsrecht

Die hohe Zahl von Menschen, die seit Mitte 2015 in Deutschland und damit auch in Rheinland-Pfalz Schutz vor Krieg, Gewalt und anderen existentiellen Bedrohungen beantragt haben, die andauernde Ausdifferenzierung des Flüchtlingsrechts und ein stark zunehmender gesellschaftlicher „Rechtfertigungsdruck“ haben Mitarbeitende in der Verwaltung wie auch in den Migrations- und Flüchtlingsberatungsstellen u.a. der Wohlfahrtsverbände im Berichtsjahr 2018 vor große quantitative und qualitative Herausforderungen gestellt. Bei Rechtsfragen zu laufenden Asylverfahren (Verfahrensrechte, Zugang zu Arbeit, Bildung, Gesundheitsfürsorge etc.), vor allem aber zu den aufenthalts- und sozialrechtliche Konsequenzen einer Asylentscheidung waren sie häufig die erste Anlaufadresse für geflüchtete Menschen. Hieraus erwuchs weiterhin großer Bedarf an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, der an den Initiativausschuss herangetragen wurde.

Zugleich blieb im Berichtszeitraum der Qualifizierungsbedarf derjenigen Menschen konstant, die sich ehrenamtlich für Flüchtlinge einsetzen. Das seit Mitte 2015 gewachsene flächendeckende Netz von ehrenamtlichen Initiativgruppen, in denen sich Tausende vor Ort für Flüchtlinge und ihre Belange engagieren, leistet unverzichtbare Arbeit und bildet in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation einen wichtigen Gegenpol zu rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen, die mit Ressentiments und Vorurteilen gegen schutzsuchende Flüchtlinge vorgehen.

Der Initiativausschuss hat aufgrund der Kompetenz seines Geschäftsführers Roland Graßhoff (Volljurist) im Berichtsjahr auf die Qualifizierungsbedarfe von Einrichtungen reagiert, in denen Menschen sich haupt- oder ehrenamtlich für die Rechte und Belange von Flüchtlingen engagieren. Hierzu hat er

- ❖ in Kooperation mit dem AK Asyl und der Koordinierungsstelle „Ehrenamt“ eigene Qualifizierungsmaßnahmen für Multiplikator*innen und hauptamtliche Berater*innen sowie für ehrenamtlich Engagierte entwickelt und organisiert;
- ❖ im Auftrag Dritter (u.a. Kommunalakademie, Hochschulen, Wohlfahrtsverbände ...) eigenverantwortlich Qualifizierungsmaßnahmen ausgestaltet, die sich an Hauptamtliche u.a. in Landeseinrichtungen und der kommunalen Verwaltung richteten;
- ❖ im Auftrag Dritter (Flüchtlingsinitiativen) Qualifizierungsmaßnahmen für ehrenamtlich Aktive durchgeführt. Hierbei kam regelmäßig ein vom Initiativausschuss im Berichtszeitraum entwickeltes zwei- bis dreistündiges „Basis-Qualifizierungsmodul“ zur Anwendung.

Die Qualifizierungsangebote des Initiativausschusses im Berichtsjahr 2018 im Einzelnen:

Nr.	Datum	Ort	Veranstalter*in	Thema	Zielgruppe	Dauer
Veranstaltungen für die Kommunalakademie Rheinland-Pfalz						
1	23.01.	Boppard	Kommunalakademie RLP	Asylverfahrensrecht, aufenthaltsrechtliche Situation von Flüchtlingen	Mitarbeitende in kommunalen Verwaltungen (Sozialverwaltungen) und Beratungsstellen	ganztägig
2	5.03.	Münchweiler/Alsenz	Kommunalakademie RLP	Asylverfahrensrecht, aufenthaltsrechtliche Situation von Flüchtlingen	Mitarbeitende in kommunalen Verwaltungen (Sozialverwaltungen) und Beratungsstellen	ganztägig

Nr.	Datum	Ort	Veranstalter*in	Thema	Zielgruppe	Dauer
Veranstaltungen mit dem Initiativausschuss als Mitveranstalter oder Kooperationspartner						
3	28.06.	Mainz	mit LIGA und Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz	Seminar „Aktuelle Fragestellungen im Flüchtlingsrecht“	Fachkräfte und Ehrenamtliche in der Flüchtlingsunterstützung und -beratung	ganztägig
4	20.08.	Mainz	mit LIGA und Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz (Wiederholung des Seminars am 28.06.)	Seminar „Aktuelle Fragestellungen im Flüchtlingsrecht“	Fachkräfte und Ehrenamtliche in der Flüchtlingsunterstützung und -beratung	ganztägig
Qualifizierungsangebote im Rahmen des Kontaktstudiums Migration & Gesellschaft						
5	12.04.	Mainz	Zentrum für Wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Mainz	Ausgesuchte Themen des Flüchtlingsrechts unter besonderer Berücksichtigung der rechtlichen Situation nach Ablehnung des Asylantrags	Fachkräfte der sozialen Dienste, Lehrkräfte, Beschäftigte in der Migrations- und Flüchtlingsarbeit	ganztägig
6	15.11.	Mainz (Wiederholung der Veranstaltung am 12.04.)	Zentrum für Wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Mainz	Ausgesuchte Themen des Flüchtlingsrechts unter besonderer Berücksichtigung der rechtlichen Situation nach Ablehnung des Asylantrags	Fachkräfte der sozialen Dienste, Lehrkräfte, Beschäftigte in der Migrations- und Flüchtlingsarbeit	ganztägig
Qualifizierungsangebote für LIGA-Organisationen/Kirchen						
7	17.01.	Wiesbaden	Internationaler Bund Jugendmigrationsdienst	Familiennachzug	Hauptamtliche der Jugendmigrationsdienste	dreistündig

Nr.	Datum	Ort	Veranstalter*in	Thema	Zielgruppe	Dauer
8	8.05.	Mainz	ASB Landesverband	Grundlagen des Flüchtlingsrechts	Hauptamtliche Mitarbeiter*innen des ASB	ganztägig
9	15.05.	Mainz	Caritasverband Mainz e.V.	Sozialleistungsbezug von EU-Staatsangehörigen	Haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter*innen des Caritasverbandes	dreistündig
10	14.12.	Speyer	Caritaszentrum Speyer	Aktuelle Rechtsfragen rund um Asyl und Flucht	Haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter*innen des Caritaszentrums Speyer	vierstündig
Veranstaltungen für Ehrenamtliche /Flüchtlinge						
11	26.11.	Mainz	Paritätischer Wohlfahrtsverband	Aktuelle Entwicklungen im Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten und in der Passbeschaffung	Ehrenamtliche im Umfeld des Veranstalters	Abendveranstaltung
12	3.12.	Neuwied	AWO Neuwied	Familiennachzug / Duldung allgemein / Ausbildungsduldung	Flüchtlinge aus Neuwied und Umgebung	zweistündig
Sonstige Veranstaltungen						
13	16. und 23.08.	Alzey	Rheinessen-Fachklinik	Überblick über Asylverfahren und Flüchtlingsrecht	Hauptamtliche Mitarbeiter*innen der Fachklinik aus dem Bereich der Medizin und Psychologie	Jeweils zweistündig

Nr.	Datum	Ort	Veranstalter*in	Thema	Zielgruppe	Dauer
14	5. und 6.11.	Andernach	Rhein-Mosel-Fachklinik Andernach: UNDER PRESSURE - Flüchtlinge, Migranten und Behandlungsdruck im Maßregelvollzug	Der rechtliche Schutz von Flüchtlingen bei Erkrankungen - insbesondere aufgrund psychischer Ursachen	Hauptamtliche Mitarbeiter*innen der Fachklinik und aus anderen Kliniken (aus dem Bereich der Medizin, Psychologie und Sozialpädagogik)	Referat am Vormittag im Plenum / am Nachmittag Vertiefungsseminar zum Thema
15	14.3.	Ludwigs-hafen	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz / Jugendministerium Mainz: Perspektiven für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gestalten	Bleibeperspektiven herstellen und sichern. Welche rechtlichen Möglichkeiten sollte die Kinder- und Jugendhilfe kennen	Mitarbeiter*innen in der Kinder- und Jugendhilfe	zweistündiger Workshop am Nachmittag
16	14.11.	Mainz	Plenum des AK Asyl – Flüchtlingsrat RLP	Kürzungen für Asylsuchende nach § 1a AsylbLG	Haupt- und Ehrenamtliche der Flüchtlingsarbeit in Rheinland-Pfalz	zweistündig
17	10.01.	Mainz	Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum	Grundlagen des Ausländer- und Flüchtlingsrechts	Anpassungslehrgang für Personen mit anerkanntem ausländischen Abschluss	dreistündig
18	13.08.	Mainz	Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum	Grundlagen des Ausländer- und Flüchtlingsrechts	Anpassungslehrgang für Personen mit anerkanntem ausländischen Abschluss	dreistündig

1.2. Unterstützung von haupt- und ehrenamtlichen Berater*innen in Einzelfällen

*Komplementär zur Qualifizierung von Haupt- und Ehrenamtlichen durch Veranstaltungen war der Initiativausschuss - insbesondere sein Geschäftsführer - Adressat zahlreicher und vielfach einzelfallbezogener Beratungs- und Unterstützungsanfragen von Personen, die haupt- und ehrenamtlich für und mit Flüchtlingen, Migrant*innen und Menschen mit einer Migrationsgeschichte arbeiten. Für diesen Personenkreis nahm der Initiativausschuss im Berichtsjahr eine Art „Back-Office-Funktion“ wahr, die immer dann in Anspruch genommen wurde, wenn Beratende vor Ort in einer konkreten Beratungssituation bei der rechtlichen Bewertung einer asyl- oder aufenthaltsrechtlichen Situation oder der hieraus resultierenden sozialrechtlichen Konsequenzen auf kompetente Unterstützung angewiesen waren.*

Der Umfang und die Intensität solcher „Berater*innen-Beratungen“ waren sehr unterschiedlich. Sie reichten von kurzen Hinweisen auf relevante Gesetzestexte bis zu zeitintensiven Gesprächen, umfangreichen Recherchen und Rücksprachen mit Dritten (z.B. zuständigen Behörden).

Die Beratung und Unterstützung von haupt- und ehrenamtlichen Berater*innen in schwierigen Einzelfällen diente einerseits unmittelbar den Beratenden und den von ihnen beratenen Personen und mittelbar der Konzeptentwicklung und der inhaltlichen Ausgestaltung von Fortbildungsangeboten. Zudem waren die in der einzelfallbezogenen Beratungsarbeit erworbenen detaillierten Erkenntnisse über die Anwendungspraxis gesetzlicher Vorschriften und ihre Auswirkungen auf die Lebenssituation von Ausländer*innen eine wichtige Voraussetzung, um kompetente Kritik an Vorschriften bzw. Gesetzesvorhaben formulieren und Änderungsvorschläge unterbreiten zu können.

Im Berichtszeitraum wurden aus Beratungserfahrungen heraus mehrfach Vorschläge und Interventionen abgeleitet, die dem Integrationsministerium oder den für Integration zuständigen Landtagsmitgliedern in den Fraktionen mit dem Ziel zugetragen wurden, eine Änderung der praktischen Anwendung gesetzlicher Vorgaben zu erreichen.

Telefonisch, per Mail oder im direkten Gespräch hat der Initiativausschuss in Rheinland-Pfalz im Berichtsjahr 2018 über 800 solcher Beratungsmaßnahmen durchgeführt. Im Mittelpunkt solcher Anfragen standen im Berichtsjahr 2018 Unsicherheiten und Erklärungsbedarfe im Hinblick auf die Voraussetzungen für den Familiennachzug und Fragen zur Passbeschaffung. Darüber hinaus gab es eine Vielzahl von Anfragen um das Thema „Fristen und Voraussetzungen für den Zugang von Asylsuchenden zu Bildung, Beschäftigung und Integrationsmaßnahmen“.

1.3. Sonstige Fortbildungsveranstaltungen und Fachtage (in Zusammenarbeit mit Dritten)

*Über Qualifizierungsangebote für Haupt- und Ehrenamtliche im Asyl-, Ausländer-, Sozialleistungs- und Staatsangehörigkeitsrecht hinaus hat der Initiativausschuss in Rheinland-Pfalz - in der Regel mit Kooperationspartner*innen - weitere Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen zu unterschiedlichen Herausforderungen in der Einwanderungsgesellschaft durchgeführt und eine aktive inhaltliche Rolle (Impulsreferate, Vorträge, Beteiligung an Podiumsdiskussion etc.) übernommen. Im Berichtszeitraum wurden folgende solcher Veranstaltungen geplant und durchgeführt:*

❖ **Informationsveranstaltung „Geflüchtete nicht kasernieren – Argumente für menschenwürdiges wohnen – gegen ,Entscheidungs- und Rückführungszentren“**

Veranstaltung am **6. März 2018** in Zusammenarbeit mit der Pfarrstelle für Flüchtlingsarbeit und in Kooperation mit dem DGB-Stadtverband Mainz, dem AK Asyl-Flüchtlingsrat RLP und dem Flüchtlingsrat Mainz. Anlass: Koalitionsvereinbarung zum Ausbau sogenannter AnKEE-Zentren für Asylsuchende und zur zeitlichen Ausweitung der Verbleibverpflichtung in diesen und anderen Erstaufnahmeeinrichtungen. **Die Einladung zur Veranstaltung liegt als Anlage 1 bei.**

❖ Fachgespräche „Diskursverschiebung und Wertewandel am Beispiel der Flüchtlingspolitik: Ursachen, Akteure, Ergebnisse“ in Mainz

Ziel der bereits im Frühjahr 2017 vom Initiativausschuss gemeinsam mit dem Verband der Volkshochschulen in RLP begonnenen Veranstaltungsreihe war die Auseinandersetzung mit den Herausforderungen, die für rheinland-pfälzische Akteur*innen der Zivilgesellschaft mit dem Erstarken rechtspopulistischer Haltungen, Bewegungen auf Bundes- und Landesebene sowie in den Kommunen verbunden sind.

Im Jahr 2018 haben zwei solcher Veranstaltungen stattgefunden:

- Fachgespräch zum Thema „Urheber, Akteur oder Ergebnis? - Was trägt die AfD, was tragen aber auch andere - insbesondere die (sozialen) Medien, Kulturträger, die Wissenschaft, demokratische Parteien - zur aktuellen Diskursverschiebung in der Flüchtlingsdebatte und zum ‚gesellschaftlichen Wertewandel‘ bei?“ am **27. April 2018**. **Die Einladung zur Veranstaltung und die Teilnehmer*innenliste liegen als Anlage 2a/b bei.**
- Fachgespräch zum Thema „Wie bewerten wir ‚Gegenbewegungen‘, die sich in den letzten Monaten formiert haben bzw. deutlich sichtbarer geworden sind und welche Narrative haben wir den ‚Angsterzählungen‘ von Rechtspopulisten und Rechtsextremisten (glaubhaft) entgegenzusetzen?“ am **30. November 2018**. **Die Einladung zur Veranstaltung und die Teilnehmer*innenliste liegen als Anlage 3a/b bei.**

❖ Fachtagung „Strategien gegen Hass – für eine digital-demokratische Streitkultur“

Veranstaltung in Kooperation mit dem Zentrum gesellschaftliche Verantwortung der EKHN am **24. April 2018 in Mainz**. Hintergrund: Mit der Digitalisierung und dem Aufkommen sozialer Netzwerke hat sich die öffentliche Diskussionskultur verändert. Waren es früher öffentliche Plätze, Stammtische oder Leser*innenbriefe., so sind heute die Kommentarfunktionen von digitalen Netzwerken zentraler Austragungsort vieler Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Themen. Die vermeintliche Anonymität scheint die Hemmschwelle für Beiträge zu senken, die als verletzend, erniedrigend und unmenschlich eingestuft werden können. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Aussprache über Konzepte, die diese Entwicklung thematisieren und gegensteuern wollen. **Die Einladung zur Veranstaltung liegt als Anlage 4 bei.**

❖ „Fachgespräch „Bildung und Sprache“

Veranstaltung des Landesbeirats für Migration und Integration in Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedsorganisationen am **25. September 2018 in Ingelheim**. Der Initiativausschuss hat in der Vor- und Nachbereitungsgruppe des Fachgesprächs konzeptionell und organisatorisch zusammen mit der Caritas Koblenz für den Workshop IV - „Berufsausbildung von Flüchtlingen“ - verantwortlich gezeichnet und ihn durch einen Impulsbeitrag aktiv mitgestaltet. **Das Programm der Veranstaltung, der Impuls des Initiativausschusses und die Empfehlungen zu WS 4 liegen als Anlage 5a/b/c bei.**

❖ „Fachtagung „Herausforderungen der Integration – Anforderungen an die Integrationspolitik“

Veranstaltung am 17. Oktober 2018 in Mainz in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung RLP und dem AK Asyl-Flüchtlingsrat RLP. Ziel der Fachtagung war die kritische Auseinandersetzung mit dem Begriff der „Integrationsfähigkeit“, den Union und SPD über ihre Koalitionsvereinbarung neu in die politische Debatte eingeführt haben. Es sollte Raum für das Nachdenken und Streiten darüber geschaffen werden, ob und ggf. wodurch die gesellschaftliche Integrationsfähigkeit bzw. Integrationsbereitschaft derzeit limitiert ist (Ressourcen? Ressentiment? Rassismus?) und ob und wie eventuelle Limits verschoben oder überwunden werden könnten und sollten. **Die Einladung zur Veranstaltung liegt als Anlage 6 bei.**

2. Aktive Mitwirkung an Informationsveranstaltungen

Mit Vorträgen sowie durch die Teilnahme an Podiumsdiskussionen hat der Initiativsausschuss seine Positionen darüber hinaus bei Veranstaltungen anderer zivilgesellschaftlicher oder staatlicher Akteur*innen eingebracht und dort über aktuelle Entwicklungen im Handlungsfeld „Asyl, Migration, Integration und Antirassismus-Arbeit“ informiert. Im Berichtszeitraum 2018 geschah dies u.a. im Rahmen folgender Veranstaltungen:

❖ **Integration läuft ... und läuft ... und läuft! Auch im Kino –Filme zum Thema Migration“ - Filmgespräch im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus in Worms**

Im Rahmen einer vierteiligen Veranstaltungsreihe des „Arbeitskreis Asyl und Migration“ und in Kooperation mit der Kinowelt Worms sahen am **12. März 2018** im Rahmen der „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ etwa 200 Zuschauer*innen den Film „Die Migrantigen“. In einem anschließenden Expertengespräch wurde Torsten Jäger zu „Rassismus und Diskriminierung als Integrationshindernis“ befragt. **Das Programm der Filmreihe liegt als Anlage 7 bei.**

❖ **Podiumsdiskussion „Aktuelle politische Entwicklungen und die Rolle der Kirche in der Asylthematik“ in Ingelheim**

Im Rahmen der internen Visitation der Flüchtlingsseelsorge der EKHN diskutierte Torsten Jäger am **9. April 2018** in der Ev. Versöhnungsgemeinde mit der Staatssekretärin im rheinland-pfälzischen Integrationsministerium, Frau Dr. Christiane Rohleder, und der Landrätin des Kreises Mainz-Bingen, Frau Dorothea Schäfer, über aktuelle politische Entwicklungen und die Rolle der Kirche in der Asylthematik. **Das Programm der Visitation liegt als Anlage 8 bei.**

❖ **Fußball gegen Rassismus – Gesprächsrunde und Diskussion mit Schüler*innen in Mainz**

Anlässlich der Internationalen Wochen gegen Rassismus veranstalteten der Weltladen Mainz, der 1. FSV Mainz 05, die Landeszentrale für politische Bildung und die Stiftung gegen Rassismus am **17. April 2018** in Mainz ein Gespräch u.a. mit Ex-Nationalspieler Jimmy Hartwig und der Ex-Nationalspielerin Célia Šašić über (ihre) Rassismus-Erfahrungen im Fußballsport. Roland Graßhoff führte inhaltlich ein und moderierte das Gespräch. **Die Einladung zur Veranstaltung liegt als Anlage 9 bei.**

❖ **Referat zum Thema „Asylrechtsverschärfungen“ im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Ausgrenzt! – Gehen, Ankommen, Bleiben“ in Mainz**

Auf Einladung des Infoladen Cronopios Mainz, der Rosa-Luxemburg-Stiftung Regionalbüro RLP und der Antirassistischen Gruppe Mainz referierte Roland Graßhoff am **23. Mai 2018** zum Thema „Asylrechtsverschärfungen seit dem Jahr 2015 und die Folgen für die Betroffenen und ihre Unterstützer*innen“. **Das Programm der Veranstaltung liegt als Anlage 10 bei.**

❖ **Workshop-Gestaltung im Rahmen der DGB-Tagung „Aufnahme – Bildung – Qualifizierung – Gute Arbeit ... Perspektiven auf die Integration von Geflüchteten“ in Berlin**

Im Rahmen der Tagung des DGB-Bundesvorstandes am **12. Juni 2018** leistete Torsten Jäger in dem Workshop „Konkret: vor Ort!“ den fachlichen Input zum Thema „Flüchtlingsaufnahme: Unterbringung und Asylverfahren in RLP“. **Das Programm der Veranstaltung und ein Thesenpapier liegen als Anlage 11a/b bei.**

❖ **Mitarbeit in der „Denkwerkstatt: Zur Zukunft der Demokratie in RLP“ der Ev. Kirchen in RLP in Landau**

Roland Graßhoff vertrat den Initiativsausschuss am **14. und 15. Juni 2018** in der zweitägigen Denkwerkstatt, in der führende Vertreter*innen aus Politik und Zivilgesellschaft in RLP zusammenkamen und die aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen im Zusammenhang mit der Krise der Debatte und der daraus folgenden Schwächung der Demokratie reflektierten. **Das Programm der Veranstaltung liegt als Anlage 12 bei.**

❖ **Referat zum Thema „Antimuslimischer Rassismus – Erscheinungsformen und Gegenstrategien“ im Rahmen einer Sitzung des „Runden Tisch Islam“ in Mainz**

Auf Einladung des Beauftragten der Landesregierung für Migration und Integration referierte Torsten Jäger am **22. Juni 2018** über antimuslimischen Rassismus und Flüchtlingsfeindlichkeit sowie über die integrationsgefährdenden Wechselwirkungen beider Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. **Die Einladung zur Veranstaltung und ein Thesenpapier liegen als Anlage 13a/b bei.**

❖ **Informations- und Diskussionsabend „Asyl ist Menschenrecht“ in Worms**

Bei der Veranstaltung des Helferkreis Asyl Worms e.V. informierte Roland Graßhoff am **8. August 2018** über die wichtigsten Asylrechtsverschärfungen seit 2016 und die weiteren auf Koalitionsebene im Bund bereits vereinbarten Veränderungen. **Die Ankündigung der Veranstaltung liegt als Anlage 14 bei.**

❖ **Workshop beim DGB-Landesverband RLP/Saarland zum Thema „Junge Flüchtlinge in der Berufsausbildung“ in Mainz**

In dem Workshop, der sich an Betriebsräte, Vertrauensleute und die gewerkschaftlichen Mitglieder der Berufsbildungsausschüsse richtete, informierte Torsten Jäger am **28. August 2018** über aktuelle Daten und Fakten zum Thema „Junge Flüchtlinge in der Berufsausbildung“. **Das im Workshop präsentierte Thesenpapier liegt als Anlage 15 bei.**

❖ **Workshop zum Thema „Erfahrungen von Geflüchteten“ im Rahmen Netzwerktreffens der rheinland-pfälzischen Schulen im Projekt Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage (SOR-SMC) in Osthofen**

Unter dem Motto "Gleichwertigkeit" veranstaltete die Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz das Netzwerktreffen am **18. September 2018** in der Gedenkstätte KZ Osthofen. Gemeinsam mit dem AK Asyl-Flüchtlingsrat RLP bot der Initiativausschuss einen Workshop an, in dem Geflüchtete den Schüler*innen über ihre Fluchterfahrungen und über ihr Ankommen in Deutschland berichteten. **Die Presseinvitation zu der Veranstaltung liegt als Anlage 16 bei.**

❖ **Festvortrag „25 Jahr LIGA – Leininger Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit“ in Grünstadt/Pfalz**

Auf Einladung der Leininger Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit hielt Torsten Jäger am **29. September 2018** unter der Überschrift „Wann, wenn nicht jetzt? Wo, wenn nicht hier? Wer, wenn nicht wir? - Solidarisches Handeln als Haltung!“ den Festvortrag anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Initiative. **Das Programm der Veranstaltung und der Vortragstext liegen als Anlage 17a/b bei.**

❖ **Bürgerdialog zur Fortschreibung des Integrationskonzeptes der Stadt Ingelheim**

Im Rahmen der Fortschreibung des Integrationskonzeptes der Stadt Ingelheim organisierte die Integrationsbeauftragte der Stadt in Zusammenarbeit mit dem Weiterbildungszentrum Ingelheim am **25. Oktober 2018** einen Bürger*innendialog zum Thema „Integrationspotential Kreativität: Kultur und Vereine“. Der Initiativausschuss nahm als eingeladener Beobachter mit der Aufgabe teil, am Schluss der Veranstaltung die Ergebnisse und den Diskussionsverlauf zu bewerten. **Das Programm der Veranstaltung und die „Beobachtungen“ liegen als Anlagen 35a/b bei.**

❖ **Drei Gesprächsrunden zwischen Schüler*innen und Geflüchteten im Rahmen der Ausstellung „O-TONne angekommen, angenommen – Flüchtlingshilfe vor Ort“ in Mainz**

Für drei Gesprächsrunden am **15., 18. und 25. Oktober 2018** vermittelte der Initiativausschuss der Landeszentrale für politische Bildung in Rheinland-Pfalz Menschen mit Fluchterfahrung, die mit Schüler*innen über ihre Fluchterfahrungen und über ihr Ankommen in Deutschland sprachen. **Die Anfrage der Landeszentrale für politische Bildung in RLP liegt als Anlage 18 bei.**

❖ **Fortbildungsveranstaltung der Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf zum Thema "Interkulturelle Kommunikation im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst" in Trier**

Im Rahmen der zweitägigen Fortbildungsveranstaltung am **28. und 29. November 2018** referierte und diskutierte Torsten Jäger zum Thema „Migration, gesellschaftlicher Wandel, Demographie“ **Das Programm der Veranstaltung liegt als Anlage 19 bei.**

3. Aktive Mitarbeit in Gremien auf Landes- und Bundesebene

*Der Initiativausschuss arbeitet auf Landes- und auf Bundesebene in zahlreichen Gremien mit, um seinen Anliegen - Gleichberechtigung und Gleichbehandlung der in Rheinland-Pfalz bzw. in Deutschland lebenden Migrant*innen und Menschen mit Migrationsgeschichte sowie das solidarische Zusammenleben von einheimischer Mehrheitsgesellschaft und eingewanderten Minderheiten - Gehör zu verschaffen, die Aufnahmegesellschaft hierfür zu sensibilisieren und politische Entscheidungen in diesem Sinne zu befördern. Im Berichtszeitraum 2018 hat er in folgenden Gremien regelmäßig mitgearbeitet:*

❖ Landesbeirat für Migration und Integration (LBMI)

Im Berichtszeitraum wurde der Initiativausschuss von Roland Graßhoff im Landesbeirat für Migration und Integration (LBMI) vertreten. Das von der Landesregierung initiierte und koordinierte Gremium will Migrant*innen, ihre Organisationen und weitere Nichtregierungsorganisationen in die Ausgestaltung der Integrationspolitik der Landesregierung einbinden. Dem LBMI gehören mehr als 50 rheinland-pfälzische Organisationen und Einrichtungen an; vertreten sind neben den integrationsrelevanten Ressorts der Landesregierung u.a. die Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Nichtregierungsorganisationen, Migrantenorganisationen sowie Vertretungen der Wissenschaft, der Kommunalpolitik und der Sozialpartner. Im Berichtszeitraum haben insgesamt vier Zusammenkünfte des LBMI stattgefunden:

❖ Netzwerk Diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz

Das Netzwerk ist ein Zusammenschluss von Verbänden und Initiativen der Antidiskriminierungsarbeit in Rheinland-Pfalz und wurde im Jahr 2010 gegründet. Es setzt sich durch Öffentlichkeitsarbeit, wechselseitigen Informationsaustausch, Qualifizierung von Beratenden und durch die Schaffung von Zugängen zu rechtlicher Beratung für die Gleichberechtigung, Akzeptanz und Selbstbestimmung von Personen und Gruppen ein, die von Diskriminierung und Ausgrenzung betroffen sind. Der Initiativausschuss wird im „Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz“ von Torsten Jäger vertreten. Er gehört der Koordinierungsgruppe des Netzwerks an.

❖ Beirat des Projekts IN² – „Ländliche Gemeinden schaffen Möglichkeiten zur dauerhaften Integration von Zuwanderern“

Im Rahmen eines von der Universität Kaiserslautern wissenschaftlich begleiteten Projekts „IN²“ sollen Strategien der dauerhaften Integration von Zugewanderten in ländlichen Räumen entwickelt und „im Feld“ erprobt werden. Zwei rheinland-pfälzische Kommunen - die Verbandsgemeinden Gerolstein und Rockenhausen - analysieren in dem Projekt gemeinsam mit Wirtschaftswissenschaftler*innen und Raumplaner*innen die Förder- und Hemmfaktoren für eine erfolgreiche Integration in den ländlichen Raum. Anschließend werden identifizierte Förderfaktoren in der praktischen Arbeit aufgegriffen und Hemmfaktoren bearbeitet. Ein externer Expert*innen-Beirat begleitet das Projekt. Torsten Jäger vertritt den Initiativausschuss im Beirat des Projekts „IN²“. Er hat an den insgesamt drei Sitzungen des Beirats im Jahr 2018 teilgenommen.

❖ Netz gegen Rassismus – für gleiche Rechte

Das „Netz gegen Rassismus – für gleiche Rechte“ ist ein bundesweiter Zusammenschluss von Nichtregierungsorganisationen, die gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung arbeiten. Sie wirken darauf hin, gleiche Rechte für alle Menschen zu schaffen, unabhängig von sozialer, ethnischer und kultureller Herkunft, Geschlecht, Alter, sexueller Identität oder physischer und psychischer Einschränkungen. Dem Netz gegen Rassismus gehören u.a. der Antidiskriminierungsverband Deutschland, die Aktion Courage, der AWO Bundesverband, der Bevollmächtigte des Rates der EKD, die Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund, der Deutsche Caritasverband, das Deutsche Institut für Menschenrechte, das Deutsche Rote Kreuz, der DGB-Bundesvorstand, das Diakonische Werk der EKD, der Verband binationaler Familien und Partnerschaften, die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland, PRO ASYL sowie der Zentralrat der Juden in Deutschland, der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und der Zentralrat der Muslime in Deutschland an. Das Netzwerk dient insbesondere dem Informationsaustausch und der Vernetzung der Arbeit gegen Rassismus, Intoleranz und Ausgrenzung. Dem Initiativausschuss bietet das Netz gegen Rassismus die Mög-

lichkeit zur frühzeitigen Informationsgewinnung im Hinblick auf bundespolitische Entwicklungen und zur Einbindung in bundesweite Diskurse, Entwicklungen und Maßnahmenvorhaben zivilgesellschaftlicher Akteur*innen. Torsten Jäger hat den Initiativausschuss im Berichtsjahr 2018 bei den Zusammenkünften des Netzes gegen Rassismus vertreten.

❖ **Weitere Gremien**

Vertreten durch Roland Graßhoff hat der Initiativausschuss im Berichtszeitraum in dem neu gegründeten „**Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Rheinland-Pfalz**“ und vertreten durch Torsten Jäger in dem **Steuerungskreis des Integrationsministeriums für die Beiratswahlen 2019** und dem ebenfalls vom Integrationsministerium eingerichteten **Begleitgremium zur Evaluierung der rheinland-pfälzischen Einbürgerungskampagne** aktiv mitgearbeitet. Ebenfalls teilgenommen hat der Initiativausschuss durch Torsten Jäger an einem - auf Anregung des Initiativausschusses – von Ursula Groden-Kranich, MdB, eingerichteten „**Runden Tisch Ausbildung junger Flüchtlinge**“.

4. Lobbyarbeit / politische Gespräche

*Der Initiativausschuss versteht sich als Lobbyorganisation für Asylsuchende, Flüchtlinge, Migrant*innen und Menschen mit einer Migrationsgeschichte. Er setzt sich im Interesse des gesamtgesellschaftlichen Zusammenhaltes für deren Gleichberechtigung in Politik und Gesellschaft ein. Mit diesem Ziel ist er ständig im Gespräch mit Multiplikator*innen und anderen relevanten Akteur*innen der Zivilgesellschaft sowie mit Vertreter*innen der Medien. Darüber hinaus sucht und pflegt er den Kontakt mit der Exekutive sowie den politisch Verantwortlichen in den demokratischen Parteien und den Parlamenten auf kommunaler Ebene sowie im Bund und im Land. Insbesondere trägt er seine Positionen regelmäßig in direkten Gesprächen mit den Fraktionen im rheinland-pfälzischen Landtag und mit Mitgliedern der Landesregierung an politisch Verantwortliche heran. Im Jahr 2018 haben in diesem Zusammenhang folgende Gespräche stattgefunden:*

❖ **01.02. 2018: FDP-Landtagsfraktion**

Gespräch von Initiativausschuss und AK Asyl-Flüchtlingsrat RLP mit der Fraktionsvorsitzenden Cornelia Willius-Senzer und dem integrationspolitischen Sprecher der Fraktion, Thomas Roth.
Themen: Verlauf der Diskussion über Abschiebungen und freiwillige Ausreisen im Landtag und in der Öffentlichkeit, Fragen des Familiennachzugs insbesondere zu subsidiär geschützten Personen sowie Ausbildungsabbrüche bei jungen Flüchtlingen.

❖ **09. April 2018: CDU-Bundestagsfraktion**

Gespräch mit Ursula Groden-Kranich; MdB.

Themen: Familiennachzugs zu subsidiär geschützten Personen und Ausbildungsabbrüche bei jungen Flüchtlingen.

❖ **15. Mai 2018: CDU-Landtagsfraktion**

Gespräch von Initiativausschuss und AK Asyl-Flüchtlingsrat RLP mit dem migrationspolitischen Sprecher der Fraktion, Adolf Kessel.

Themen: Verlauf der Diskussion über Abschiebungen und freiwillige Ausreisen im Landtag und in der Öffentlichkeit, Fragen des Familiennachzugs insbesondere zu subsidiär geschützten Personen sowie Ausbildungsabbrüche bei jungen Flüchtlingen.

❖ **17. Mai 2018: Integrationsministerium**

Gespräch mit dem Abteilungsleiter Integration, Dr. Daniel Asche

Thema: Passbeschaffung

❖ **27. Juni 2018: Staatskanzlei**

Gespräch von Initiativausschuss und AK Asyl-Flüchtlingsrat RLP mit der Ministerpräsidentin des Landes RLP, Malu Dreyer.

Themen: Finanzielle Förderung der Flüchtlingsarbeit, Personelle Ausstattung des Integrationsministeriums, Integrationspauschale des Bundes, Ausbildungsabbrüche bei jungen Flüchtlingen.

❖ **03. Juli 2018: Integrationsministerium**

Gespräch mit Staatssekretärin Dr. Christiane Rohleder.

Themen: Finanzielle Förderung der Flüchtlingsarbeit, Personelle Ausstattung des Integrationsministeriums und Ausbildungsabbrüche bei jungen Flüchtlingen.

❖ **22. Oktober 2018: Grüne-Landtagsfraktion**

Gespräch von Initiativsausschuss und AK Asyl-Flüchtlingsrat RLP mit dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Bernhard Braun und der migrationspolitischen Sprecherin, Katharina Binz.

Thema: Integrations-, migrations- und asylpolitische Erwartungen an den Doppelhaushalt 2019/20.

❖ **30. Oktober 2018: SPD-Landtagsfraktion**

Austausch zivilgesellschaftlicher Organisationen mit der SPD-Landtagsfraktion

Themen: Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit. Psychosoziale Versorgung traumatisierter Flüchtlinge.

❖ **07. November 2018: FDP-Landtagsfraktion**

Gespräch von Initiativsausschuss und AK Asyl-Flüchtlingsrat RLP mit der Fraktionsvorsitzenden Cornelia Willius-Senzer und dem integrationspolitischen Sprecher der Fraktion, Thomas Roth.

Thema: Integrations-, migrations- und asylpolitische Erwartungen an den Doppelhaushalt 2019/20.

❖ **08. November 2018: SPD-Landtagsfraktion**

Gespräch von Initiativsausschuss und AK Asyl-Flüchtlingsrat RLP mit Mitgliedern der SPD-Landtagsfraktion.

Thema: Integrations-, migrations- und asylpolitische Erwartungen an den Doppelhaushalt 2019/20.

5. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit / Stellungnahmen

*Mit seiner Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bemüht sich der Initiativsausschuss darum, kontroverse Debatten über die Ausgestaltung der Einwanderungsgesellschaft zu versachlichen, die Aufnahmegeellschaft für die Chancen und Herausforderung der Einwanderung zu sensibilisieren, in Politik und Gesellschaft meinungsbildend zu wirken und auf eine menschenrechtsorientierte und dem Gedanken der Gleichbehandlung verpflichteten Asyl-, Einwanderungs- und Integrationspolitik in Rheinland-Pfalz hinzuwirken. Dabei geht der Initiativsausschuss insbesondere bei der Erarbeitung und Bekanntmachung von Stellungnahmen, Forderungen und Positionen vielfach Bündnisse mit anderen zivilgesellschaftlichen Kräften ein. Im Berichtszeitraum wurden neben der **ca. 14-tägigen Versendung eines kommentierten Newsletters** über den E-Mail Verteiler u.a. die folgenden Maßnahmen durchgeführt:*

❖ **Erklärung des Initiativsausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz zu den Sondierungsergebnissen von Union und SPD**

In der Erklärung vom 18. Januar 2018 lehnt der Initiativsausschuss die Ergebnisse der Sondierungsverhandlungen von Union und SPD im Bereich „Integration, Asyl und Migration“ ab. Sie seien keine geeignete Grundlage, um den Herausforderungen zu begegnen, denen sich das Einwanderungsland Deutschland gegenübersteht. Auszug aus der Erklärung: „*Sie stellen die Abwehr und gesellschaftliche Ausgrenzung von Flüchtlingen in den Mittelpunkt und lassen sich nicht mit einer an humanitären Grundsätzen orientierten Migrations-, Integrations- und Asylpolitik vereinbaren. Unsere Kritik richtet sich vor allem gegen die geplanten tiefen Einschnitte in das Flüchtlingsrecht und insbesondere das Recht auf Familiennachzug zu subsidiär geschützten Personen*“.

Die Erklärung vom 18. Januar 2018 liegt als Anlage 20 bei.

❖ **Erklärung zu den Ausführungen des Präsidenten des OVG Rheinland-Pfalz zur Geschäftsentwicklung 2017 der Verwaltungsgerichtsbarkeit RLP**

In der Erklärung widerspricht der Initiativsausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz der Behauptung des Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts RLP, Lars Brocker, dass eine „zögerliche Haltung der Behörden bei Abschiebungen“ ursächlich sei für die hohe Belastung der rheinland-pfälzischen Verwaltungsgerichte. Der Initiativsausschuss wies demgegenüber darauf hin, dass die Inanspruchnahme von Rechtsmitteln gegen behördliche Entscheidungen ein Grundrecht ist und im Jahr 2017 jede dritte erstinstanzliche Asylentscheidung in Rheinland-Pfalz ganz oder teilweise zum Erfolg für den Kläger/die Klägerin geführt hat.

Die Erklärung vom 30. Januar 2018 liegt als Anlage 21 bei.

❖ **Pressemitteilung von LIGA, Flüchtlingsrat und Initiativsausschuss RLP: Keine verpflichtende Röntgenuntersuchung zur Altersfeststellung junger Geflüchteter**

In einer gemeinsamen Pressemitteilung sprechen sich LIGA Rheinland-Pfalz, Flüchtlingsrat und Initiativsausschuss RLP klar gegen verpflichtende Röntgenuntersuchungen zur Altersfeststellung bei jungen Flüchtlingen aus. Sie führen u.a. aus, dass Röntgenuntersuchungen keine mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit korrekte Altersfeststellung zulassen und die Beweiskraft für eine Volljährigkeit somit nicht gegeben ist.

Die Pressemitteilung vom 2. Februar 2018 liegt als Anlage 22 bei.

❖ **Handreichung: Kommentierte Auszüge aus dem Entwurf des Koalitionsvertrags 2018 bis 2021 von CDU, CSU und SPD (Relevanz: Migration, Integration, Asyl)**

Die vom Initiativsausschuss für Migrationspolitik in RLP erarbeitete Handreichung enthält eine Zusammenstellung und Kommentierung der im Entwurf des Koalitionsvertrages von Union und SPD für die 19. Legislaturperiode des Bundestag (2017 bis 2021) festgeschriebenen Vereinbarungen zum Handlungsfeld „Migration, Integration und Asyl“. Ziel ist es, (a) die Diskussion über den Entwurf zu befördern und (b) Ansatzpunkte für zivilgesellschaftliche Forderungen und Aktivitäten zu identifizieren.

Die Handreichung vom 1. März 2018 liegt als Anlage 23 bei.

❖ **Erklärung zum Internationalen Tag gegen Rassismus**

Aus Anlass des Internationalen Tags gegen Rassismus und vor dem Hintergrund besorgniserregender Zahlen forderte der Initiativsausschuss für Migrationspolitik einen rheinland-pfälzischen Aktionsplan gegen Rassismus. Der Initiativsausschuss hatte die relevanten Antworten der Bundesregierung auf parlamentarische Anfragen zu „politisch motivierter Kriminalität-rechts“ (PMK-rechts), zu antisemitischer und islamfeindlicher Gewalt sowie zu Straftaten gegenüber Asylsuchenden u.a. in Rheinland-Pfalz im Jahr 2017 zusammengetragen. Die Auswertung machte deutlich, dass dringender Handlungsbedarf besteht.

Die Erklärung vom 20. März 2018 liegt als Anlage 24 bei

❖ **Pressemitteilung: Befragung der Landkreise zur Praxis der Altersfeststellung! Erneute Überprüfung des Alters aller unbegleiteten jungen Flüchtlinge: „Destruktives Misstrauensvotum gegenüber Jugendämtern!“**

Der Initiativsausschuss und der AK Asyl-Flüchtlingsrat RLP haben sich in einem Schreiben an alle rheinland-pfälzischen Landrätinnen und Landräte gewandt und im Zusammenhang mit der Diskussion um die Altersfeststellung unbegleiteter minderjähriger Ausländer*innen um die Beantwortung der folgenden Fragen gebeten: (1) Wie werden die Regelungen des § 42f SGB VIII (Behördliches Verfahren zur Altersfeststellung) in Ihrem Landkreis in der Praxis angewendet und umgesetzt? (2) Sind Sie der Auffassung, dass die geltende Rechtslage die hinreichend verlässliche Altersbestimmung junger Flüchtlinge verhindert oder erschwert? (3) Befürworten Sie die Unterstützung des Landkreistages Rheinland-Pfalz für die „Anordnungen verschiedener Landkreise“, das Alter unbegleiteter minderjähriger Ausländer*innen (umA) „generell“ durch medizinische Untersuchungen zu präzisieren?

Die Pressemitteilung vom 22. März 2018 sowie die Rückmeldung des Landkreistages RLP liegen als Anlage 25a/b bei.

❖ Erklärung rheinland-pfälzischer Initiativen zum BMI-Entwurf für ein „Familiennachzugsneuregelungsgesetz“

In einer gemeinsamen Erklärung haben der AK Asyl-Flüchtlingsrat RLP e.V., der Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in RLP und die Diakonie in RLP den Entwurf des Bundesinnenministeriums für ein „Familiennachzugsneuregelungsgesetz“ kommentiert und scharf kritisiert. Er gehe „weit über die Grausamkeiten hinaus, auf die Union und SPD sich bereits in ihrer Koalitionsvereinbarung verständigt hatten“. Die Herausgeber*innen fordern deshalb von der SPD-Bundestagsfraktion, dem Gesetzentwurf die Zustimmung zu verweigern und von der rheinland-pfälzischen Landesregierung, über den Bundesrat Widerstand zu organisieren.

Die Erklärung vom 23. April 2018 liegt als Anlage 26 bei.

❖ Erklärung von Flüchtlingsinitiativen aus Hessen und RLP zur Vergewaltigung und Ermordung von Susanna F.

Zu der Vergewaltigung und Ermordung von Susanna F. in Wiesbaden im Juni 2018 haben Flüchtlingsinitiativen aus Hessen und RLP eine gemeinsame Erklärung abgegeben. Darin heißt es u.a.: „Wir hoffen und vertrauen darauf, dass sich der Mensch, der Susanna F. so brutal das Leben genommen hat, vor Gericht verantworten muss und bestraft wird. Wir hoffen und vertrauen darauf auch im Namen der geflüchteten Menschen, die wir beraten, begleiten und unterstützen.“

Die Gemeinsame Erklärung vom 11. Juni 2018 liegt als Anlage 27 bei.

❖ Arbeitspapier „Junge Flüchtlinge in der Berufsausbildung“

Unter der Überschrift „Junge Flüchtlinge in der Berufsausbildung“ hat der Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik im August 2018 ein Arbeitspapier entwickelt. Die Veröffentlichung legte den Schwerpunkt auf erfolgsgefährdende Schwierigkeiten, denen junge Flüchtlinge in der dualen Berufsausbildung begegnen. Sie wurden durch exemplarische Berichte von Betroffenen und Beteiligten dargestellt, um im Anschluss (a) bestehende Förderinstrumente darzustellen, (b) auf fortbestehende Defizite hinzuweisen und (c) problemorientierte Handlungsoptionen zu skizzieren, die nach Auffassung des Initiativ Ausschusses zur Bewältigung oder mindestens zur Abmilderung bestehender Probleme beitragen können. Hintergrund der Veröffentlichung waren vermehrt an den Initiativ Ausschuss herangetragene Berichte, wonach junge Flüchtlinge in der Berufsausbildung an den Anforderungen der Berufsschule scheitern, obwohl die Ausbildungsbetriebe ihre Motivation und ihre praktischen Fertigkeiten hoch (ein)schätzen.

Das Arbeitspapier „Junge Flüchtlinge in der Berufsausbildung“ liegt als Anlage 28 bei.

❖ Offener Brief von Initiativ Ausschuss und AK Asyl-Flüchtlingsrat an Christian Baldauf, MdL

In einem Offenen Brief haben sich der Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in RLP und der AK Asyl-Flüchtlingsrat RLP an den Vorsitzenden der CDU-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag, Herrn Christian Baldauf, gewandt. Hintergrund waren seine Erklärungen zur Zahl „schwer krimineller Abschiebender [..], bei denen wir nicht wissen, wo sie sind“ im Rahmen der Landtagsdebatte am 24. August 2018.

Der Offene Brief vom 30. August 2018 liegt als Anlage 29 bei.

❖ Pressemitteilung zur Bundesratsberatung über sogenannte „sichere Herkunftsländer“

Der Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik und der AK Asyl-Flüchtlingsrat RLP haben das Konzept der „sicheren Herkunftsstaaten“ in ihrer Pressemitteilung grundsätzlich abgelehnt und die rheinland-pfälzische Landesregierung dazu aufgefordert, einer Stellungnahme des Bundesrates, die das Vorhaben der Bundesregierung befürwortet, die Zustimmung zu verweigern.

Die Pressemitteilung vom 20. September 2018 liegt als Anlage 30 bei.

❖ Pressemitteilung zum Tag des Flüchtlings 2018:

Anlässlich von mindestens 5.122 zivilen Opfern (1.692 Tote und 3.430 Verletzte) der Gewalt in Afghanistan im 1. Halbjahr 2018 und der regelmäßigen Beteiligung des Landes an Sammelabschiebungen nach Afghanistan haben der Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik und der AK Asyl-

Flüchtlingsrat RLP die Landesregierung anlässlich des Tags des Flüchtlings dazu aufgefordert, (a) sich an weiteren Sammelabschiebungen nach Afghanistan nicht zu beteiligen, (b) sicherzustellen, dass kommunale Ausländerbehörden keinen Ausreisepflicht auf geduldete afghanische Flüchtlinge ausüben und (c) sich auf Bundesebene für eine gesicherte und dauerhafte Bleibeperspektive geduldeter afghanischer Flüchtlinge einzusetzen, die dauerhaft nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren können.

Die Pressemitteilung vom 28. September 2018 liegt als Anlage 31 bei.

❖ **Erklärung des Initiativ Ausschusses und des AK Asyl - Flüchtlingsrat RLP-Pfalz zur Berichterstattung der Rhein-Zeitung über Kirchenasyl in Rheinland-Pfalz**

In einer gemeinsamen Erklärung haben beide Organisationen darauf hingewiesen, dass im Zeitraum 2013 bis Oktober 2018 das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Rheinland-Pfalz über etwa 101.000 Asylanträge von Schutzsuchenden entschieden und im gleichen Zeitraum in Rheinland-Pfalz insgesamt nur 194 Personen Kirchenasyl gewährt wurde. Das entspreche einem Anteil von ca. 0,19 Prozent aller Schutzsuchenden. Ausweislich des Geschäftsberichts 2017 des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz hätten allein in den Jahren 2016 und 2017 erstinstanzlich 68,9 Prozent (2016) bzw. 30,8 Prozent (2017) aller Klagen von Asylsuchenden gegen einen negativen Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge ganz oder teilweise Erfolg: *„Wir sollten aufhören, der AfD zu erlauben, die asylpolitische Tagesordnung zu schreiben. Kirchengemeinden, die Kirchenasyl nach Prüfung des Einzelfalls gewähren, haben hierfür gute Gründe. Sie sind Partner, nicht Gegner des Rechtsstaats.“*

Die Erklärung vom 23. November 2018 liegt als Anlage 32 bei.

❖ **Erklärung zum „Tag der Menschenrechte 2018“**

In der Erklärung forderten der Initiativ Ausschusses für Migrationspolitik und der AK Asyl - Flüchtlingsrat RLP die Rückkehr zur humanitären Flüchtlingspolitik im Land. Sie wiesen darauf hin, dass Rheinland-Pfalz im „Abschiebe-Ländervergleich“ einen Spitzenplatz einnimmt. In keinem anderen Bundesland werde die Ausreisepflicht häufiger mit Zwangsmaßnahmen durchgesetzt als in Rheinland-Pfalz. Zugleich zeichne sich ab, dass die Zahl der „freiwilligen Ausreisen“ im vierten Jahr in Folge zurückgehen werde. Beide Organisationen beklagten vor diesem Hintergrund die offensichtliche Kluft zwischen dem Anspruch der Landesregierung auf eine humanitäre Flüchtlingspolitik und der Wirklichkeit in Rheinland-Pfalz. In den letzten Wochen und Monaten habe man immer wieder feststellen müssen, dass von zuständigen Behörden in Rheinland-Pfalz bei der Durchsetzung der Ausreisepflicht rote Linien überschritten worden seien, die Anstand, Humanität und die Menschenrechte vorgeben.

Die Erklärung und ein Hintergrundpapier zur Erklärung vom 9. Dezember 2018 liegen als Anlage 33a/b bei.

❖ **Online-Broschüre „Migration - gesellschaftlicher Wandel - Demografie“**

Mit Stand Dezember 2018 hatte der Initiativ Ausschuss aktuelle bundesweite Daten und Fakten zum Thema „Migration - gesellschaftlicher Wandel - Demografie“ zusammen- und in einen zeitlichen Kontext gestellt. Die Online-Publikation befasste sich mit folgenden Aspekten: (a) Ausgewählte Stationen der Migration in Deutschland seit 1945, (b) Ausländer*innen in Deutschland, (c) Wanderungssalden, (d) Einbürgerungen und Mehrstaatigkeit, (e) Bevölkerung mit Migrationsgeschichte; (f) Asylsuchende - Schutzberechtigte – Geduldete, (g) Integrationsindikatoren

Der Ausdruck der Online-Broschüre vom 19. Dezember 2018 liegt als Anlage 34 bei.

6. Vernetzungsarbeit

Die Vernetzung der in Rheinland-Pfalz im Handlungsfeld „Asyl, Migration, Integration und Anti-Rassismus-Arbeit“ aktiven Initiativen, Einrichtungen, Verbände und Einzelpersonen leistet der Initiativausschuss nicht nur durch die Aussendung und Verbreitung aktueller Informationen, sondern darüber hinaus durch weitere Aktivitäten und Maßnahmen. Im Einzelnen:

❖ Plenumstreffen des Netzwerkes

In regelmäßigen Plenumstreffen, an denen i.d.R. zwischen 20 und 40 Personen teilnehmen, werden regelmäßig aktuelle politische Entwicklungen besprochen und Informationen zu Aktivitäten vor Ort ausgetauscht. Im Berichtszeitraum 2018 haben insgesamt vier Plenumssitzungen stattgefunden:

❖ Sprecher*innenkreis-Sitzungen des Initiativausschusses

Regelmäßige Zusammenkünfte des Sprecher*innenkreises des Initiativausschusses gewährleisten zwischen den Plenumssitzungen den Informationsfluss zu allen Mitgliedern des Netzwerkes. Ihm gehörten im Berichtszeitraum elf Personen an, die haupt- oder ehrenamtlich in der kommunalen Verwaltung oder in zivilgesellschaftlichen Einrichtungen aktiv sind. Der Sprecher*innenkreis bereitet die Treffen des Plenums inhaltlich vor und nach. Gemeinsam mit der Geschäftsstelle erarbeitet und konzeptioniert er Grundsatzpapiere, Stellungnahmen und Maßnahmenvorhaben des Initiativausschusses. Außerdem vertritt er den Initiativausschuss in Gremien und bei gemeinsamen Aktionen in Bündnissen. Er sieht eine weitere Aufgabe darin, die im Austausch des Netzwerkes gewonnenen Erkenntnisse gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit engagiert und kompetent zu vertreten. Im Berichtszeitraum 2018 haben insgesamt sechs Treffen des Sprecher*innenkreises stattgefunden.

❖ Regelmäßige Mitarbeit im AK Asyl Rheinland-Pfalz

Um Synergieeffekte zu erreichen und um relevante Informationen über aktuelle Entwicklungen und Maßnahmenvorhaben im Bereich Aufnahme und Integration von Flüchtlingen frühzeitig zu erhalten bzw. weiterzugeben, arbeitet der Initiativausschuss eng mit dem AK Asyl Rheinland-Pfalz zusammen. Über die in diesem Sachbericht bereits beschriebenen gemeinsamen Maßnahmen hinaus nimmt der Geschäftsführer des Initiativausschusses, Roland Graßhoff, regelmäßig an den Treffen des AK Asyl teil. Im Berichtszeitraum 2018 fanden insgesamt vier solcher Treffen statt.

❖ Regelmäßige Treffen mit der EKHN/Diakonie/Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege/DGB/Verband der Volkshochschulen in RLP und anderen NRO

Im Berichtszeitraum sind Roland Graßhoff und Torsten Jäger regelmäßig mit hauptamtlichen Mitarbeitenden und Verantwortlichen der genannten Einrichtungen und Institutionen zusammengetroffen. Die Gespräche bildeten die Grundlage für ein koordiniertes Vorgehen gegenüber der Landesregierung Rheinland-Pfalz auf einzelnen gemeinsam als wichtig erachteten migrations- und integrationspolitischen Themenfeldern, das sich im Berichtsjahr 2018 u.a. in den geschilderten (gemeinsamen) Maßnahmen niedergeschlagen hat.

7. Sonstiges

Der Initiativausschuss hat sich im Berichtszeitraum 2018 zur Durchsetzung seiner Anliegen darüber hinaus wie folgt engagiert:

❖ Mitarbeit im Rechtshilfefonds des Evangelischen Dekanats Mainz zur Unterstützung von Flüchtlingen

Torsten Jäger vertrat den Initiativausschuss im Berichtszeitraum im Beirat des Rechtshilfefonds des Evangelischen Dekanats Mainz zur Unterstützung von Flüchtlingen. Der Beirat entscheidet über Anträge auf finanzielle Förderung der juristischen Unterstützung von Asylsuchenden in ihrem Asylverfahren. Entscheidungen werden in der Regel im Schriftverfahren getroffen, im Berichtsjahr gab es darüber hinaus eine persönliche Zusammenkunft.

❖ Härtefallkommission in Rheinland-Pfalz/Papierlose

Über Friedrich Vetter (Mitglied im Sprecher*innenkreis) hat sich der Initiativausschuss im Berichtsjahr 2018 bei der „Härtefallkommission“ des Landes Rheinland-Pfalz dafür eingesetzt, dass ausreisepflichtige Migrant*innen und Flüchtlinge in besonders bedrängter Situation nach einer intensiven Einzelfallprüfung aus dringenden humanitären Gründen eine Aufenthaltserlaubnis erhalten können.

❖ Landesbeirat für den Vollzug der Abschiebungs- und Zurückweisungshaft in Rheinland Pfalz

Über Friedrich Vetter (Mitglied im Sprecher*innenkreis), der den Vorsitz des Gremiums innehat, wirkte der Initiativausschuss im Berichtsjahr 2018 im „Landesbeirat für den Vollzug der Abschiebungs- und Zurückweisungshaft in Rheinland Pfalz“ mit. Es hat die Aufgabe, das zuständige Integrationsministerium in grundsätzlichen Fragen des Vollzugs und der Anordnung von Abschiebungshaft zu beraten. Der Beratungsauftrag umfasst die Entwicklung und Erprobung von Vollzugsmaßnahmen, die Vorbereitung allgemeiner Richtlinien der Vollzugsgestaltung sowie Fragen der Ausbildung der Vollzugsbediensteten.

❖ Landesarbeitsgemeinschaft der Integrationsbeauftragten in Rheinland-Pfalz

Über die im Sprecher*innenkreis mitarbeitenden kommunalen Integrationsbeauftragten (Hannele Jalonen, Dragica Petric und Jürgen Pirrong) ist der Initiativausschuss in der Landesarbeitsgemeinschaft der Integrationsbeauftragten in Rheinland-Pfalz vertreten. Ziel des Gremiums sind (a) die Vernetzung und Gewährleistung eines regelmäßigen Austauschs zwischen den haupt- und ehrenamtlichen Beauftragten und (b) die Intensivierung der politischen Lobbyarbeit für die Belange von Menschen mit einer Migrations- oder Fluchtgeschichte. Im Berichtszeitraum tagte das Gremium regelmäßig.

8. Finanzen und Personalausstattung

Die Arbeit des Initiativausschusses wurde im Berichtsjahr hauptsächlich durch eine institutionelle Förderung des Ministeriums für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz des Landes Rheinland-Pfalz ermöglicht. Neben Honorareinnahmen sowie Mitgliedsbeiträgen und Spenden an den Träger des Initiativausschusses (Verein zur Förderung der interkulturellen Arbeit im Lande Rheinland-Pfalz) erhielten wir im Berichtszeitraum weitere Zuwendungen von

- ✓ der Diakonie Hessen;
- ✓ dem Gossner-Haus Mainz - Arbeitswelt und Gerechtigkeit e.V.;
- ✓ dem Bistum Mainz und
- ✓ dem Caritasverband der Diözese Trier.

In der Geschäftsstelle des Initiativausschusses waren im Berichtszeitraum Roland Graßhoff als Geschäftsführer und Torsten Jäger als Referent mit je einer vollen Stelle beschäftigt.

Mainz, den 13. August 2019

Roland Graßhoff (Geschäftsführer)

Anlagen